

Bern

«Eine Atomkraft-Debatte würde den Ausbau der erneuerbaren Energien bremsen»

Energiewende Das Ja zum Stromgesetz ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Energiewende. Darin sind sich Politologin Isabelle Stadelmann, Ökonomin Doina Radulescu und EWB-Direktorin Cornelia Mellenberger einig. Uneins sind sie in der Frage der Atomkraft.

Bernhard Ott

Am Sonntag hat die Schweizer Bevölkerung in der Abstimmung übers Stromgesetz konkrete Massnahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energien gutgeheissen. Aber gegen Wasserkraft-, Solarenergie- und Windkraftprojekte regt sich juristischer und lokalpolitischer Widerstand. Wie schaffen wir die Energiewende bis 2050?

EWB-Direktorin Cornelia Mellenberger setzt auf Fernwärme, Fotovoltaik und den Ausbau der Wasserkraft. Politologin Isabelle Stadelmann weiss, welche Massnahmen bei der Bevölkerung akzeptiert werden und welche nicht. Ökonomin Doina Radulescu mahnt, die Atomkraft nicht ausser Acht zu lassen. Doch damit stösst sie bei Mellenberger und Stadelmann auf Widerspruch.

Wie wichtig ist das Ja zum Stromgesetz für die Energiewende?

Isabelle Stadelmann: Natürlich sind Teile des Stromgesetzes dem Ausbau der Erneuerbaren förderlich. Aber fast noch wichtiger scheint mir die symbolische Wirkung: Die Bevölkerung hat zum ersten Mal explizit und deutlich Ja gesagt zu konkreten Umsetzungsmassnahmen!

Doina Radulescu: Das Ja zum Stromgesetz ist ein wichtiger Meilenstein. Nichtsdestotrotz werden auch weiterhin Herausforderungen im Bereich der Energieversorgung bestehen. Somit sollten wir weitere Entwicklungen im Bereich zukünftiger Technologien nicht aus den Augen verlieren.

Cornelia Mellenberger: Das klare Ja zum Stromgesetz drückt den Volkswillen aus, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen. Das ist sehr begrüssenswert. Wichtig ist, verschiedene erneuerbare Produktionen parallel auszubauen, die technisch möglich, wirtschaftlich sinnvoll und finanzierbar sind. Dies einerseits bei der Fotovoltaik, andererseits bei der Wasserkraft als wichtigem Beitrag zur Schliessung der Winterstromlücke. Zentrale Projekte hierzu sind der Ausbau der Grimsel und der Bau der Trift-Staumauer, die wir gemeinsam mit unseren Partnern von den KWO realisieren wollen.

Kommt die Schweiz bis 2050 von Öl, Gas und Kohle weg?

Cornelia Mellenberger: Es ist ein demokratisch gesetztes, sehr ambitioniertes Ziel. Die Energiewende ist in vollem Gang, und EWB setzt alles daran, die Ziele zu erreichen – etwa durch Investitionen in die Produktion erneuerbarer Energien oder in den Ausbau der Fernwärme. Ja, ich glaube, dass wir es erreichen können.

Doina Radulescu: Ein Ausstieg aus der Kohle könnte klappen. Gas zur Abdeckung der Stromproduktion in Spitzenlastzeiten und fossile Treib- und Brennstoffe für Strassenverkehr und Heizung werden wir aber weiterhin brauchen. Eine grosse Her-

ausforderung ist auch die Zahlungsbereitschaft der Bevölkerung, denn die Energiewende ist nicht gratis.

Frau Stadelmann, Sie forschen zur Akzeptanz klimapolitischer Massnahmen. Wird die Bevölkerung mitmachen?

Isabelle Stadelmann: Man soll die Hoffnung nicht verlieren. Die Leute sind grundsätzlich für die Energiewende, aber wenn es darum geht, eine Anlage an einem bestimmten Ort zu bauen, klingt die Begeisterung ab.

Frau Radulescu, wie sehen Sie als Ökonomin den Widerspruch zwischen dem Ja zur Energiewende und dem Widerstand gegen konkrete Vorhaben?

Doina Radulescu: Die Menschen sind nicht immer überzeugt von der Wirksamkeit der Massnahmen, mit denen der Ausbau der Erneuerbaren erreicht werden soll. Zudem zeigt die Forschung, dass Lenkungsabgaben wie eine CO₂-Abgabe eher akzeptiert werden, wenn sie wenigstens zum Teil rückvergütet werden.

Cornelia Mellenberger: Es sind alle sehr stark gefordert – die Unternehmen, die Politik, die Gesellschaft und nicht zuletzt die Individuen durch Verhaltensänderungen. Auch ist es wichtig, nicht einzelne Energieträger gegeneinander auszuspielen.

In der Stadt Bern stehen nur gerade auf vier Prozent der geeigneten Dächer Solaranlagen. Warum ist dem so?

Cornelia Mellenberger: In der Stadt Bern gibt es viele Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen. Das erschwert den Ausbau erheblich. Zusätzlich ist nicht jedes Gebäude für Fotovoltaikanlagen zu realisieren, wie etwa die Freiflächenanlage beim Flughafen Belp in Koproduktion mit Partnern. Auch zahlen wir einen fairen Rücklieferarif. Zudem steht es jedem Immobilienbesitzer frei, ob er eine Anlage auf seinem Dach realisieren will.

Doina Radulescu: Der Ausbau von Fotovoltaik wird in der Schweiz auch erschwert durch den Umstand, dass die meisten Haushalte Mieter sind. Die Mietenden profitieren, aber die Eigentümer tragen die Kosten.

Die Bürgerlichen bringen die Atomkraft wieder ins Gespräch. Brauchen wir die Atomenergie, um die Klimaziele zu erreichen?

Cornelia Mellenberger: Die Stadtberner Bevölkerung hat an der

Drei Energie-Expertinnen aus Bern

Isabelle Stadelmann-Steffen ist Professorin für Vergleichende Politik an der Universität Bern. Cornelia Mellenberger ist Volks- und Betriebswirtin und Direktorin von Energie Wasser Bern (EWB). Doina Radulescu ist assoziierte Professorin für Staat und Markt am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern. (bob)



Ob die Energiewende ein Comeback der Atomkraft und Verbote braucht, ist bei Politologin Isabelle Stadelmann, EWB-Direktorin Cornelia Mellenberger und Ökonomin Doina Radulescu umstritten. Foto: Dres Hubacher

Urne entschieden, bis 2039 aussteigen. EWB beabsichtigt, die Energie vom AKW Gösgen ab Ende 2039 nicht mehr zu verwenden.

Isabelle Stadelmann: Zurzeit gilt ein Verbot für den Bau neuer Atomkraftwerke. Es gibt verschiedene Wege, bis 2050 genug Strom ohne Atomkraft herzustellen. Ich schliesse nicht aus, dass Atomkraft nach 2050 wieder zur Option wird. Aber aktuell ist es nicht zielführend, über Atomkraft zu diskutieren, weil vor 2040 sowieso kein neues AKW in Betrieb gehen könnte. Zudem müsste es wohl vom Bund finanziert werden, weil niemand mehr in Atomkraft investieren möchte. Ich befürchte, dass eine Debatte über Atomkraft den Ausbau der Erneuerbaren bremsen. In diesem Fall hätten wir tatsächlich ein Problem 2050.

Warum sollte eine Atomdebatte die Erneuerbaren bremsen?

Isabelle Stadelmann: In der politischen Debatte wird die Nuklearenergie als einfacher Ausweg dargestellt. In der Bevölkerung entsteht dadurch der Eindruck: «Wenns mit dem Ausstieg nicht

klappt, haben wir ja noch die Atomenergie.» Dies reduziert den gefühlten Druck zum Umstieg. Und die Unsicherheit bei den Investoren in Bezug auf Erneuerbare nimmt zu.

Ist eine Rückkehr zur Atomenergie denn politisch machbar?

Isabelle Stadelmann: Das Technologieverbot für AKW wird wohl irgendwann fallen. Was wir nicht wissen, ist: Für welche Technologie würden sich die Leute entscheiden, wenn sie freie Wahl hätten? Im Beliebtheitsranking der Energieträger stehen Wasserkraft und Fotovoltaik auf Gebäuden weit oben. Am unbeliebtesten ist der Stromimport. Im Mittelfeld sind Wind, Grossflächen-Fotovoltaikanlagen, Atomkraft und Kleinwasserkraft. Ich bin mir nicht sicher, wie sich die Leute zum Beispiel zwischen Atom- und Windkraft entscheiden würden. Beide Technologien finden wesentliche Teile der Bevölkerung nicht gut.

Doina Radulescu: Durch die Dekarbonisierung steigt der Stromverbrauch stark an. Ich bin für Technologieneutralität. Zudem

entwickeln sich die Technologien weiter. Ohne Atomkraft wird die Energiewende schwierig werden.

Sie plädieren alles in allem für einen Mix aus Subventionieren und Lenken.

Isabelle Stadelmann: In der Schweiz findet man Mehrheiten, wenn Massnahmen nicht allzu weit gehen. Das läuft am Schluss auf ein System hinaus, bei dem von allem etwas gemacht wird. Die grosse Reform, der Umbau in ein Lenkungssystem, ist kaum zu schaffen. Dasselbe gilt für die Anlagen: Wir werden nicht die Alpen mit Solaranlagen zupflastern oder überall Windräder aufstellen. Aber hier Fotovoltaik, da Windräder, hier fördern, da steuern, das ist politisch machbar.

Frau Stadelmann schrieb einmal: «Verbote und Vorschriften, so unpopulär sie sein mögen, funktionieren möglicherweise besser.» Braucht es tatsächlich auch Verbote?

Isabelle Stadelmann: Verbote werden häufig als fairer wahrgenommen. Eine Reduktion von Kurzstreckenflügen zum Beispiel wird kaum allein über Preiser-

höhungen mittels Abgaben klappen. Leute mit höheren Einkommen werden auch diesen Preis zahlen. Wenn man Kurzstreckenflüge verhindern möchte, gelingt das wohl nur mit einem Verbot. Sonst heisst es in der politischen Debatte: Nur noch die Reichen können fliegen. Das haben wir bei der Ablehnung des CO₂-Gesetzes 2021 gesehen.

Ein Verbot des Einbaus von Ölheizungen war im Kanton Bern einst gescheitert.

Isabelle Stadelmann: Ja. Dieses Verbot braucht es aber vielleicht gar nicht, weil die Anreize und der Trend schon stark in diese Richtung gehen. Es braucht eine Diskussion über Verbote schon nur deshalb, weil dadurch die Anreizmechanismen zum Umsteigen attraktiver scheinen.

Da sind Sie sicher anderer Meinung, Frau Radulescu.

Doina Radulescu: Als Ökonomin bevorzuge ich marktbasierende Instrumente gegenüber Geboten und Verboten. Letztere berücksichtigen nicht Effizienzaspekte und können auch unerwünschte Folgen haben.

Die Frage ist doch, ob die Klimakrise noch dramatischere Auswirkungen zeigen muss, damit es bei den Menschen Klick macht, bevor Verbote unausweichlich werden.

Isabelle Stadelmann: Man hat halt das Gefühl, dass es in der Schweiz schon nicht so weit kommen wird. Aber es ist so: Handlungsbereitschaft kommt in Krisen. Uns geht es noch zu gut für weitreichende Verhaltensänderungen. Letztlich braucht es den gesellschaftlichen Willen zum Umstieg auf Erneuerbare.

Das Bundesamt für Energie sagt, man könne den Energieverbrauch um über 20 Prozent senken ohne Komforteinbusse. Wie geht das?

Cornelia Mellenberger: Bei der Energieberatung von Firmen stellen wir viel Einsparpotenzial fest: Muss der Gang immer belüftet sein? Muss die Wärmelampe ständig in Betrieb sein, auch wenn man erst am Mittag kocht? Könnte der Serverraum auch weniger stark abgekühlt werden? Geben sich Firmen beim Energiesparen Mühe, ist das auch ein Imagegewinn.

Isabelle Stadelmann: Die Ablehnung des CO₂-Gesetzes 2021 hat in der Politik eine Angst ausgelöst, übers Energiesparen zu reden. Jede Verhaltensänderung wird als Eingriff in die Freiheit und Eigenverantwortung angesehen. Nach dem Motto: «Ich lass mir nicht vorschreiben, wie warm meine Wohnung sein soll.» Aber wenn wir ehrlich sind, müsste man auch über das persönliche Verhalten reden. Man sollte halt nicht zweimal im Jahr für eine Woche nach Mallorca in die Ferien fliegen.

Eine Version des Gesprächs erscheint auch in der Juni-Ausgabe von «Unifokus», dem Magazin der Universität Bern.